



UN erklärt erstmals eine Hungersnot im Gazastreifen – eine humanitäre Katastrophe mit politischer Dimension

Es ist eine historische und erschütternde Feststellung: Die Vereinten Nationen haben offiziell den Ausbruch einer Hungersnot im Gazastreifen festgestellt – die erste ihrer Art im Nahen Osten. Mindestens 500.000 Menschen sind laut UN-Angaben akut vom Hungertod bedroht. Die Erklärung kommt nach Monaten der Warnungen – und wirft ein grelles Licht auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft, einer absehbaren Katastrophe Einhalt zu gebieten.

Eine offizielle Feststellung mit politischem Gewicht

Der sogenannte IPC-Bericht (Integrated Food Security Phase Classification), herausgegeben von einer UN-gestützten Fachgruppe mit Sitz in Rom, stuft den Regierungsbezirk Gaza-Stadt seit dieser Woche in die Phase 5 – „Katastrophale Hungersnot“ – ein. Laut den Autoren des Berichts könnte sich die Situation in den kommenden Wochen auch auf die Gebiete Deir al-Balah und Khan Yunis ausweiten, sollte der derzeitige Zugang zu humanitärer Hilfe nicht verbessert werden.

Damit tritt erstmals in der Geschichte des Nahen Ostens ein offiziell erklärter Hungersnotfall nach internationaler Klassifikation ein – ein diplomatischer und moralischer Wendepunkt, der weit über die Region hinaus wirkt. Denn die UN macht Israel mit ungewöhnlicher Deutlichkeit für die Eskalation verantwortlich: Die Blockade lebenswichtiger Hilfslieferungen, gezielte Infrastrukturzerstörungen und massive Bewegungseinschränkungen hätten die Hungersnot „nicht nur ermöglicht, sondern mitverursacht“.

Israel weist Verantwortung zurück – und verschärft den Ton

Die israelische Regierung weist den Bericht entschieden zurück. Ein Sprecher erklärte, es gebe „keine Hungersnot“ im Gazastreifen. Premierminister Benjamin Netanjahu beauftragte am Donnerstagabend dennoch neue Verhandlungen zur Freilassung israelischer Geiseln – ohne dabei konkret auf die von Ägypten und Katar unterstützte Feuerpause einzugehen, der die Hamas bereits zugestimmt haben soll.

Parallel dazu drohte Verteidigungsminister Israel Katz in drastischen Worten mit der vollständigen Zerstörung von Gaza-Stadt, sollte die Hamas nicht den Forderungen Israels nachkommen: vollständige Entwaffnung und Freilassung aller Geiseln. Wörtlich schrieb er auf X: „Die Tore der Hölle werden sich bald öffnen für die Mörder und Vergewaltiger des Hamas.“ Der Ton steht exemplarisch für die Eskalationslogik der aktuellen Regierung – eine Rhetorik, die kaum Raum für diplomatische Entspannung lässt.



UN erklärt erstmals eine Hungersnot im Gazastreifen – eine humanitäre Katastrophe mit politischer Dimension

Blockierte Hilfe, kollabierende Versorgung: Die Lage vor Ort

Bereits seit Monaten warnen humanitäre Organisationen vor einem Zusammenbruch der Versorgung in Gaza. Laut dem Welternährungsprogramm (WFP) erhalten derzeit weniger als 10 % der Bevölkerung regelmäßig Zugang zu ausreichend Nahrung. Besonders betroffen sind Kinder: Nach Angaben von UNICEF leidet ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren an akuter Mangelernährung – doppelt so viele wie noch zu Jahresbeginn.

Ein zentrales Problem bleibt der eingeschränkte Zugang zu den Grenzübergängen Rafah (Ägypten) und Kerem Shalom (Israel). Beide wurden wiederholt geschlossen oder operieren nur unter massiv eingeschränkter Kapazität. Medizinische Evakuierungen, Nahrungsmitteltransporte oder der Import von Treibstoff für Generatoren in Krankenhäusern sind oft tagelang blockiert. Das internationale Rote Kreuz beschreibt die Lage in Gaza als „absichtlichen Zusammenbruch eines Gesundheitssystems“.

Internationale Reaktionen: Mahnungen ohne Konsequenz?

Trotz der dramatischen Entwicklung bleiben die Reaktionen westlicher Staaten verhalten. Zwar äußerten sich UN-Generalsekretär António Guterres und EU-Außenbeauftragter Josep Borrell „tief besorgt“ über die Situation, doch konkrete diplomatische Schritte bleiben bislang aus. Auch die USA, traditionell engster Verbündeter Israels, übten nur zurückhaltende Kritik und betonten „Israels Recht auf Selbstverteidigung“ – ein Narrativ, das zunehmend in Konflikt gerät mit den Bildern hungernder Zivilisten.

Unterdessen wächst der Druck auf die arabischen Nachbarstaaten: Jordanien, Ägypten und Katar stehen im Zentrum humanitärer Verhandlungsbemühungen. Doch ohne eine nachhaltige politische Lösung – etwa eine Entflechtung von Hamas-Strukturen und Zivilverwaltung – bleibt selbst eine Wiederaufnahme von Hilfslieferungen nur ein temporärer Pflasterverband auf einer systemischen Wunde.

Die Feststellung der Hungersnot durch die UNO markiert mehr als eine humanitäre Eskalation: Sie zeigt die Grenzen internationaler Schutzmechanismen auf und rückt ein humanitäres Drama ins Zentrum geopolitischer Verantwortung. Der Gazastreifen ist zum Mahnmal für das Scheitern multilateraler Ordnung in asymmetrischen Konflikten geworden – mit verheerenden Folgen für eine halbe Million Menschen, deren Überleben nun buchstäblich auf der Kippe steht.

Autor: Andreas M. Brucker